

SPEZIAL

Das KPD-Verbot 1956



Tondokumente, Hörfunk- und Fernsehproduktionen
der DDR

Eine Bestandsübersicht in Auswahl



Demonstration gegen die Notstandsgesetze

D A S K P D - V E R B O T 1 9 5 6

Tondokumente, Hörfunk- und Fernsehproduktionen der DDR

Am 17. August 1956 wurde die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) vom Bundesverfassungsgericht verboten. Die Richter erklärten die politischen Ziele der Partei für unvereinbar mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Die Urteilsbegründung stützte sich auf Artikel 21 Absatz 2, der ein Parteienverbot ermöglicht, wenn das politische Programm einer Partei auf die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausgerichtet ist. Das gegen die KPD verhängte Verbot war das zweite Parteienverbot in der Geschichte der jungen Bundesrepublik. Bereits 1951 verboten die Verfassungsrichter die rechtsextreme Sozialistische Reichspartei (SRP).

Gegründet wurde die KPD auf einem Kongress vom 30. Dezember 1918 bis zum 2. Januar 1919 in Berlin. Der Parteigründung ging ein politischer Richtungsstreit in der SPD voraus. Ihre kritikreiche Richtung verstärkte sich während des Krieges und führte 1916 zur Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Sie nahm eine stark oppositionelle Haltung zur SPD ein und verschrieb sich dem internationalen revolutionären Kampf mit dem Ziel einer Diktatur des Proletariats. Im Dezember 1918 entstand aus dem von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründeten Spartakusbund und dem linken Flügel der USPD die Kommunistische Partei Deutschlands. Sie bekannte sich in ihrem Programm zur Diktatur des Proletariats, zum Ziel einer einheitlichen deutschen sozialistischen Republik sowie zur Ersetzung aller Parlamente durch Arbeiter- und Soldatenräte. Die KPD orientierte sich programmatisch an der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und deren Ziel, eine internationale Sowjetrepublik zu errichten. Diese revoluti-

onäre Haltung führte dazu, dass die KPD in der Weimarer Republik zwar durchaus in den unterschiedlichen Parlamenten vertreten, aber an keiner Regierung beteiligt war. Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler rief die KPD zum Generalstreik auf. Der Reichstagsbrand, der den Kommunisten angelastet wurde, bot den Anlass zur Unterzeichnung der Notverordnungen durch Reichspräsident Hindenburg, die die Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränkten. Funktionäre wie z. B. der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann und zahlreiche Mitglieder der KPD wurden inhaftiert und ihre Sitze im Reichstag annulliert.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgte die Neugründung der KPD und ihre Zulassung als politische Partei durch die Alliierten. Auf dem ersten Parteitag, dem sog. Vereinigungsparteitag am 19. und 20. April 1946 in Berlin, wurden die KPD und die SPD der Sowjetischen Besatzungszone zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vereinigt. Die SPD der westlichen Besatzungszonen lehnte die Vereinigung ab. Da die westlichen Alliierten eine in ganz Deutschland einheitliche sozialistische Partei verboten, wurde die KPD in den westlichen Besatzungszonen wieder von der SED abgespalten. Die westliche KPD blieb deshalb als eigenständige Partei mit engen Kontakten zur SED bestehen.

Nach Gründung der Bundesrepublik war die Partei im ersten Deutschen Bundestag mit 15 Abgeordneten vertreten und trat dort entschieden in Opposition zur Regierung Adenauer sowie zu den übrigen Oppositionsparteien. Die KPD geriet mit ihrer prosozialistischen Haltung und ihrer entschiedenen Ablehnung der Remilitarisierung der Bundesrepublik schnell zum Ziel antikommunis-

tischer Stimmung in der Bundesrepublik. Das 1952 vom Parteivorstand beschlossene «Programm der nationalen Wiedervereinigung», in dem die sozialistische Einheit Deutschlands als Ziel verankert wurde, hatte erste strafrechtliche Verfolgungen und Berufsverbote gegen Kommunisten zur Folge. Der Antrag der Regierung Adenauer auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD wurde am 28. November 1951 beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Das Bundesverfassungsgericht bezog sich in seiner Urteilsbegründung sowohl auf die Geschichte der Partei als auch auf ihre Programmatik. Es erklärte eine Staatsordnung, die der Diktatur des Proletariats entspricht, für unvereinbar mit dem Grundgesetz. Die KPD begründete ihre Verfassungstreue damit, dass sie unter den politischen Bedingungen in der Bundesrepublik und während der Gültigkeit des Grundgesetzes die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats nicht anstrebe. Einen weiteren Grund für die Verfassungswidrigkeit der KPD sah das Gericht in ihrer Wiedervereinigungspolitik. Das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands als sozialistischer Staat nach dem Vorbild der DDR wurde als nicht verfassungsgemäß erklärt, weil eine solche Vereinigung die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie und damit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung voraussetze.

Das Parteienverbot war und ist sehr umstritten. Die Befürworter des Verbots verteidigten es als notwendige Maßnahme, um die Demokratie vor den verfassungsfeindlichen Kommunisten zu schützen. Kritiker betrachteten das Verbot als überflüssig, da die KPD zu keiner Zeit eine ernsthafte Bedrohung für die Bundesrepublik dargestellt habe und die politische Auseinandersetzung mit einer Partei einem Verbot vorzuziehen sei. Unbestritten ist jedoch, dass das Verbot der KPD im Zusammenhang mit dem politischen Klima in der Bundesrepublik in der Zeit des Kalten Krieges, bei dem sich

Parallelen zur McCarthy-Ära in den USA um 1950 aufdrängen, gesehen werden muss. In seiner Eröffnungsrede zur Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2004 erinnerte der Rechtsanwalt und Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte Rolf Gössner an die politische Verfolgung von Kommunisten in der Bundesrepublik: «Das gesamte Ausmaß erscheint heute geradezu unglaublich: In der Zeit von 1951 bis 1968 (...) gab es Ermittlungsverfahren gegen mehr als 200.000 Personen, nahezu ausschließlich wegen gewaltfreier linksoppositioneller Arbeit. Vielfach verfolgt wurden Gegner der Remilitarisierung Westdeutschlands, andere wurden wegen sog. Geheimbündelei bestraft, weil sie für eine 'Wiedervereinigung Deutschlands in freien Wahlen' oder für ein demokratisches, entmilitarisiertes und neutrales Gesamtdeutschland eingetreten waren oder weil sie deutsch-deutsche Kontakte pflegten.» Nach dem Verbot konnte die Parteilinie der KPD nur noch in der Illegalität stattfinden, was zu zahlreichen Strafverfolgungen von Kommunisten führte. 1968 wurde mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) eine Organisation gegründet, die sowohl von den sozialistischen Ländern Osteuropas als auch von den Mitgliedern der verbotenen KPD als Nachfolgeorganisation anerkannt wurde.

Dieses Spezial enthält eine Auswahl von Hörfunk- und Fernsehdokumente zum KPD-Verbot aus dem DRA. Nur wenige davon sind aus den 50er Jahren, der Großteil stammt aus den 60er Jahren, als im Kontext der Verabschiedung der Notstandsgesetze und der Studentenbewegung das Verbot verstärkt diskutiert wurde. Im Vergleich der Sendungen aus der BRD und der DDR wird insbesondere die unterschiedliche Bewertung des Parteienverbots und der jeweilige propagandistische Umgang mit dem Thema deutlich.

TONDOKUMENTE

 Fernsehen

 Hörfunk

Telefonische Stellungnahme von Max Reimann zum Programm der KPD

30.07.1949 · DRA B · Dok 245 22'00

Deutscher Bundestag

Erste Wahlperiode; 113. Sitzung

Beratung von zwei KPD-Anträgen
24.01.1951 · DRA W · B006115631 30'49

Bundesinnenminister Lehr verliert den Beschluss der Bundesregierung, die FDJ im Bundesgebiet zu verbieten

26.06.1951 · DRA W · 63 U 3025/1 0'20

Ausschnitt einer Pressekonferenz von Kurt Schumacher in Berlin

Bemerkungen: Herkunft RIAS

Aufnahmedatum: Juni 1951
0. SD. · DRA W · B006441449 2'30

Zum Verbot der KPD

Max Reimann und Friedrich Karl Kaul im Gespräch

14.08.1956 · DRA W · B011413905 13'00

Ausschnitt aus der Urteilsverkündung zum KPD-Verbot

Redner: Josef Wintrich, Präsident des Bundesverfassungsgerichts

Bemerkungen: Mitschnitt aus dem Programm des Freiheitssenders 904 vom 17.08.1956

Aus: Residenz des Rechts. Das Bundesverfassungsgericht. Ein Portrait mit historischen Tondokumenten

SDR
0. SD. · DRA W · B004665373 4'32

Pressekonferenz zum Verbot der KPD in der BRD

Stellungnahmen von Friedrich Karl Kaul (DDR-Jurist), Wilhelm Girus (Staatssekretär) und Herbert Kröger (Abgeordneter der Volkskammer)

Aufnahmedatum: 31.08.1956
0. SD. · DRA W · B011394497 10'00

Max Reimann nimmt Stellung zur NATO-Ratstagung im Januar 1957 und zum Verbot der KPD

Aufnahmedatum: Januar 1957
0. SD. · DRA B · B008290016 13'00

Wahlaufruf der verbotenen KPD anlässlich der Bundestagswahl am 19. September 1965

Aufnahmedatum: September 1965
0. SD. · DRA W · B004110418 2'35

Gespräch mit dem KPD-Funktionär Christian Semler

Bemerkungen: Herkunft ZDF

Aufnahmedatum: 16.05.1973
0. SD. · DRA W · B007309242 5'15

AUSGEWÄHLTE HÖRFUNKPRODUKTIONEN DER DDR

Bitte beachten Sie, dass die Dokumente zum Teil Fremdproduktionen sind, für die das Deutsche Rundfunkarchiv keine Nutzungsrechte einräumen kann. Auch für die übrigen Produktionen können auf Grund bestehender Urheber- und Leistungsschutzrechte die Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt sein. Eine Rechte-Auskunft zu den Dokumenten aus dem Programmvermögen Rundfunk der DDR bzw. Deutscher Fernsehfunk/Fernsehen der DDR erhalten Sie beim Deutschen Rundfunkarchiv Babelsberg. Siehe auch ggf. die Anmerkungen zu den einzelnen Dokumenten.

📻 „Die Runde“

10 Jahre Berufsverbotspolitik in der BRD
Gesprächsrunde
o. SD. · DRA B · Dok 697 (ST/RU 261) 27'00

📻 Druckort Unbekannt

Hörspiel von Cené Bernauer
07.11.1960 · DRA B · Boo9986035 41'45

📻 Wie wird so einer Kommunist? Jupp Angenfort, Mitglied des Präsidiums der DKP, Sekretär des Parteivorstandes, gibt zu Protokoll

Hans Canjé im Gespräch mit Jupp Angenfort
12.03.1988 · DRA B · Boo08342632 52'19

📻 Zum Beispiel Karl Schabrod Die Geschichte der Verfolgung eines deutschen Kommunisten

Hans Canjé im Gespräch mit Klara Schabrod, der Witwe des KPD-Politikers und Autors Karl Schabrod
22.03.1988 · DRA B · Boo08342636 21'20

📻 32 Jahre KPD-Verbot. Hans Canjé im Gespräch mit dem Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), Kurt Bachmann

23.07.1988 · DRA B · ANR 2026692000 7'45

📻 «Aktion Karabiner»

Zum 32. Jahrestag des KPD-Verbots

Reihe: Zeitprobleme
16.08.1988 · DRA B · Boo08628421 29'38

📻 Die verdrängte Schuld

Reihe: Stimme der DDR aktuell
Gesprächsrunde mit Klara Schabrod, Jupp Angenfort, Oskar Neumann, Helmut Rössig u.a.
17.11.1988 · DRA B · ANR 2026706000 16'51

📻 Das KPD-Verbot von 1956. Hans Canjé im Gespräch mit Kurt Erlebach von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) / Bund der Antifaschisten

Reihe: Stimme der DDR aktuell
27.02.1988 · DRA B · ANR 2026650 09'08

📻 Anwalt im Kalten Krieg

Der Rechtsanwalt Dieter Posser über seine Arbeit als Verteidiger von Kommunisten in der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren.

Bemerkungen: Koproduktion Rundfunk der DDR / WDR

25.09.1991 · DRA B · Boo08288834 25'30

AUSGEWÄHLTE FERNSEHPRODUKTIONEN DER DDR

Bericht von der Pressekonferenz am 18.04.1962 mit Jupp Angenfort

Reihe: Aktuelle Kamera

Bemerkung zur Person Jupp Angenfort: Angenfort, 1951 Landtagsabgeordneter der KPD in Nordrhein-Westfalen und 1953 auch Vorsitzender der »FDJ in Westdeutschland« war in der Bundesrepublik wegen Hochverrats angeklagt und vom Bundesgerichtshof zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden. Gegen ihn wurde wohl das erste Zuchthausurteil eines deutschen Gerichts wegen einer politischen Straftat nach 1945 gefällt. Im April 1957 wurde Angenfort von Bundespräsident Theodor Heuss begnadigt. Als er im Februar 1962 erneut festgenommen wurde, floh Angenfort in die DDR.

19.04.1962 · DRA B · 064700 11'11

Max Reimann bei Arbeitern in SCHWARZE PUMPE

Reihe: Aktuelle Kamera

18.08.1962 · DRA B · 065850 10'03

Hamburg, 26. Oktober - Bei Nacht und Nebel

Reihe: Im Blickpunkt

Bericht über die Verhaftung der SPIEGEL-Chefredakteure Claus Jacobi, Johannes K. Engel und des Leiters des Bonner Büros Hans-Dieter Jaene sowie weiterer Spiegel-Redakteure.

*Bemerkungen: Rechteprüfung!
Einschränkungen für ausschnittsweise
Verwendung bestimmter Teile des Dokuments
für alle Nutzungsarten!*

08.11.1962 · DRA B · 088890 11'51

Dem Frieden die Freiheit!

Aufruf gegen das Urteil über Victoria Krütznier, Lore Junge und Elsa Funke (phonet.), die in Dortmund von einem Sondergericht zu insgesamt fünfundzwanzig Monaten Gefängnis verurteilt wurden, weil sie gegen das KPD-Verbot verstoßen hatten.

15.12.1963 · DRA B · 070094 3'10

Freiheit für die KPD!

Reihe: Im Blickpunkt

Bericht von der internationalen Pressekonferenz im Berliner Haus der Journalisten für die Wiederherstellung der Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands.

20.10.1964 · DRA B · 087702 9'31

Meinungsfreiheit

Reihe: Im Blickpunkt

Betrachtungen von Heinz Grote zur Meinungsfreiheit in der BRD und zur Notwendigkeit der Aufhebung des KPD-Verbots anhand von „Panorama“ der ARD vom 04.01.1965.

*Bemerkungen: Rechteprüfung!
Einschränkungen für ausschnittsweise
Verwendung bestimmter Teile des Dokuments
für alle Nutzungsarten!*

05.01.1965 · DRA B · 074117 18'24

Mannheimer Forum - Ist die Demokratie bedroht?

Reihe: Im Blickpunkt

Bericht über das Mannheimer Forum von Gewerkschaftern, Künstlern, Ärzten und Rechtsanwälten gegen die Bonner Notstandsgesetze und das KPD-Verbot.

05.04.1966 · DRA B · 083086 9'54

☐ Bericht von der heutigen Pressekonferenz mit Max Reimann in Berlin.

Reihe: Im Blickpunkt
Der Erste Sekretär der KPD übergab der Presse den Wahlauftrag seiner Partei für die Bundestagswahlen. Ausschnitte aus der Rede von Reimann über Gründe zur Aufhebung des KPD-Verbots sowie mit seinen Betrachtungen zur Begründung des Verteidigungsministers Kai-Uwe von Hassel im Bundestag zur Notstandsgesetzgebung, zu seinem Brief an Willy Brandt zum politischen Meinungsaustausch mit der SPD und zur Deutschen Friedensunion.
25.06.1965 · DRA B · 081986 10'23

☐ Forum in Mainz

Reihe: Im Blickpunkt
Bericht vom Forum in Mainz zum Verbot der KPD auf Einladung der Mitglieder des Petitions-Kreises für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots in Rheinland-Pfalz mit Ausschnitten aus den Diskussionsbeiträgen von Juristen aus benachbarten NATO-Staaten.
15.11.1965 · DRA B · 057044 17'13

☐ Die KPD verteidigt das Grundgesetz

Reihe: Objektiv (38)
Rund 10 Jahre nach Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Bundestag wird an das Vertragswerk erinnert, an den Protest der KPD gegen das Vertragswerk und das sich anschließende Verbot der Kommunistischen Partei

*Bemerkungen: Rechtsprüfung!
Einschränkungen für ausschnittsweise
Verwendung bestimmter Teile des Dokuments
für alle Nutzungsarten!*

11.08.1966 · DRA B · 005977 6'00

☐ Zum 10. Jahrestag des Verbots der KPD

Reihe: Im Blickpunkt
16.08.1966 · DRA B · 078785 7'49

☐ Max Reimann zum KPD-Verbot

Max Reimann (1. Sekretär des Zentralkomitees der KPD) verliest Ausschnitte aus seiner Erklärung über das Verbot der KPD.
16.08.1967 · DRA B · 078341 9'24

☐ Die KPD lebt Protestkundgebung zum 11. Jahrestag des Verbots der KPD im Ostberliner Filmtheater „International“

Reihe: Im Blickpunkt
17.08.1967 · DRA B · 078906 19'13

☐ Die Toten mahnen Kundgebung auf dem Ettersberg bei Weimar im Gedenken an das dortige Konzentrationslager Buchenwald mit Aufruf an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland das Verbot der KPD aufzuheben.

Reihe: Im Blickpunkt
20.08.1967 · DRA B · 078896 14'26

☐ 11 Jahre KPD-Verbot Diskussionsrunde über die Hintergründe des Verbots der KPD

Reihe: Sonntagsgespräch des Deutschlandsenders
20.08.1967 · DRA B · 057242 32'59

☐ Die Kommunistische Partei Deutschlands Bericht von der „26. Deutschen Arbeiterkonferenz“ im Leipziger „Haus Auensee“.

11.09.1967 · DRA B · 057247 12'41


☐ Zu Gast im Deutschen Fernsehfunk: Die Kommunistische Partei Deutschlands

Reihe: Zu Gast im Deutschen Fernsehfunk
25.09.1967 · DRA B · 064296 14'57

☐ Der Schoß ist fruchtbar noch... Dokumentarbericht über sog. Formen des Antikommunismus u.a. das Verbot der KPD in der Bundesrepublik Deutschland

Reihe: Tödliche Torheit (2)


*Bemerkungen: Rechteprüfung!
Einschränkungen für ausschnittsweise
Verwendung bestimmter Teile des Dokuments
für alle Nutzungsarten!*
29.09.1967 · DRA B · 058525 38'05

 **Vietnam Kundgebung in Hannover
Bericht über Protestkundgebung gegen den
Vietnamkrieg in Hannover sowie Interview
mit dem Mitglied der VVN Kurt Baumgarte.
Er äußert sich zum KPD-Verbot bzw. zur
Forderung, die Partei wieder zuzulassen.**


Reihe: Aktuelle Kamera
11.03.1968 · DRA B · 091727 1'40

 **Der 1. Mai in Marburg
Bericht über eine Demonstration der KPD
gegen die Notstandsgesetze in Marburg**


Reihe: Aktuelle Kamera
01.05.1968 · DRA B · 114328 1'00

 **Demonstration gegen das KPD-Verbot in
Mannheim
Interview mit dem späteren Vorsitzenden
der DKP Herbert Mies**

Reihe: Im Blickpunkt
18.08.1968 · DRA B · 117266 2'13

 **14 Jahre KPD-Verbot
Erinnerung an das KPD-Verbot in der BRD.
Interview mit Max Reimann.**

14.08.1970 · DRA B · 057669 16'12

 **Beschlagnahmung der KPD-Zentrale in
Düsseldorf
Dokumentarbericht über das Ende des Zwei-
ten Weltkriegs und die Gründung der DDR
– darin Ausschnitt über die Staatsgründung
der Bundesrepublik Deutschland sowie die
Beschlagnahmung der KPD-Zentrale in Düs-
seldorf**


Reihe: Auferstanden aus Ruinen – Stationen
unserer Revolution (1): Eine Dokumentation
zur Geschichte der DDR

*Bemerkungen: Rechteprüfung!
Einschränkungen bei nur ausschnittsweiser
Verwendung für alle Nutzungsarten!*
18.09.1979 · DRA B · 000569 gesamt 45'00

 **Im Kampf geboren - die KPD
65. Jahrestag der KPD**

Dokumentation zum 65. Jahrestag der Grün-
dung der KPD mit u.a. Auszügen der Rede
Erich Honeckers zum 10. Parteitag der SED.


*Bemerkungen: Rechteprüfung!
Einschränkungen für ausschnittsweise
Verwendung bestimmter Teile des Dokuments
für alle Nutzungsarten!*
30.12.1983 · DRA B · 008233 59'00

 **Dokumentation und Diskussion zum 70.
Jahrestag der Gründung der KPD**

Reihe: Arbeit, Brot und Völkerfrieden (4)

*Bemerkungen: Rechteprüfung!
Einschränkungen für ausschnittsweise
Verwendung bestimmter Teile des Dokuments
für alle Nutzungsarten!*

30.11.1988 · DRA B · 028118 74'47

 **Grundsteinlegung im Abgeordnetenhaus
Die damalige Parlamentspräsidentin Dr.
Hanna Renate Laurin bei der Grundsteinle-
gung im Berliner Abgeordnetenhaus 1991.
Anbringen von Gedenktafeln, von denen
eine an die Gründung der KPD erinnert.**

Reihe: Mittagsjournal
18.06.1991 · DRA B · 054611 3'40



Bundespräsidentenwahl in Berlin: Max Reimann, 1. Sekretär des Zentralkomitees der KPD während der Stimmabgabe in der Ehrenhalle, 17. 07.1954

Das Deutsche Rundfunkarchiv

Die gemeinnützige Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv (DRA) ist eine Gemeinschaftsrichtung der ARD. Das DRA stellt seine Dienstleistungen und Materialien für Zwecke von Kunst, Wissenschaft, Forschung, Erziehung und Unterricht, einschließlich der Programmvorhaben der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, aber auch für gewerbliche und private Nutzung zur Verfügung. Zum Nachweis dieser Hörfunk- und Fernsehdokumente verfügt das DRA über umfangreiche Kataloge und Datenbanken.

Geschichte

Gestiftet 1952 in Frankfurt am Main als »Lautarchiv des deutschen Rundfunks« in der Absicht, ein zentrales (Schall-)Archiv für die Rundfunkanstalten zu schaffen. Von Anfang an bestand, neben der Archivierung historischer Tonträger, die Aufgabe darin, Katalogisierungsverfahren zu vereinheitlichen und übergreifende Nachweissysteme aufzubauen. Darüber hinaus erfüllt das DRA nicht nur rundfunkeigene Anforderungen, sondern steht auch für allgemeine, wissenschaftliche sowie solche der Forschung und Lehre zur Verfügung.

Nach der Erweiterung des Aufgabenbereichs um die Dokumentation von Fernsehproduktionen wurde die Stiftung 1963 in »Deutsches Rundfunkarchiv« umbenannt.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat das DRA in den Jahren 1992 und 1993 zunächst treuhänderisch die Gesamtkoordination für Sichtung, Sicherung, Erschließung und Nutzung des Programmvermögens von Hörfunk und Fernsehen der ehemaligen DDR übernommen. Seit Dezember 2000 wird dieser Bestand am Babelsberger Standort des DRA, der sich auf

dem Gelände des Rundfunks Berlin-Brandenburg befindet, archiviert. Im selben Jahr wurden zudem die umfangreichen Bestände des Deutschen Rundfunkmuseums erworben. Mit der Eingliederung der historischen Archive des Senders Freies Berlin (SFB) und des RIAS Berlin konnten auch zwei West-Berliner Überlieferungen im DRA angesiedelt werden.

Benutzung und Gebühren

Das Archiv- und Sammelgut ist der Öffentlichkeit grundsätzlich kostenfrei zugänglich. Die vom DRA erbrachten Dienstleistungen werden nach geltender Gebührenordnung in Rechnung gestellt. Die gewerbliche Verwendung der Materialien wird über die RBB Media GmbH lizenziert und richtet sich nach deren Konditionen. Kopien von audiophonen oder audiovisuellen Dokumenten für die ausschließlich private Nutzung sind gegen Erstattung der Bearbeitungskosten ebenfalls über die RBB Media GmbH erhältlich. Für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind Informationsvermittlung und Nutzung der Materialien im Rahmen des Programmaustausches gebührenfrei. Die durch das DRA wahrgenommenen Senderechte werden den inländischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, im Hörfunk auch ausländischen EBU-Mitgliedern, ebenfalls kostenfrei beigestellt. Hinsichtlich eventuell zu beachtender Urheber- und/oder Leistungsschutzrechte ist in jedem Fall eine Rechte- und Kostenanfrage an das DRA zu richten. Besonders bei Mitschnitten von Opern und Generalproben, aber auch bei Rezensionen- sowie Retrospektivsendungen, können häufig rechtliche Einschränkungen vorliegen.

Impressum

Herausgegeben von der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv (DRA).

Verantwortlich für den Herausgeber:
Hans-Gerhard Stülb, Vorstand.

Bildnachweis

Sämtliche Abbildungen für dieses Spezial wurden vom Deutschen Historischen Museum (DHM) Berlin zur Verfügung gestellt.

Wir danken für die freundliche Unterstützung.

Das Bild auf der Vorderseite zeigt eine Demonstration gegen das KPD-Verbot in Bremen am 16.06.1955

Abkürzungen

DDR Deutsche Demokratische Republik

DKP Deutsche Kommunistische Partei

DRA B DRA Babelsberg

DRA W DRA Wiesbaden

FDJ Freie deutsche Jugend

KPD Kommunistische Partei Deutschlands

KPdSU Kommunistischer Partei der Sowjetunion

o. SD. ohne Sendedatum

SED Sozialistische Einheitspartei

Deutschlands

USPD Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Deutsches Rundfunkarchiv Babelsberg

Marlene-Dietrich-Allee 20
14482 Potsdam-Babelsberg
Telefon: (0331) 58 12-0
Telefax: (0331) 58 12-199
E-Mail: sekretariat@dra.de

Bei Fragen zu den Beständen und deren Nutzung:

Telefon: (0331) 58 12-222
Telefax: (0331) 58 12-5222
E-Mail: zentraleinformation@dra.de

Deutsches Rundfunkarchiv Wiesbaden

Unter den Eichen 5, Haus C
65195 Wiesbaden
Telefon: (0611) 23 83-0
Telefax: (0611) 23 83-100
E-Mail: dra@hr-online.de

Bei Fragen zu den Beständen und deren Nutzung:

Telefon: (0611) 23 83-191
Telefax: (0611) 23 83-100
E-Mail: sui@hr-online.de

Homepage

<http://www.dra.de>